

Vom Ende einer Illusion Zur aktuellen Lage in Myanmar

HANS-BERND ZÖLLNER

I. Einleitung

Am 6. Mai 2002 wurde Aung San Suu Kyi, die Führerin der birmanischen Opposition und Tochter des Nationalhelden Aung San, aus dem seit September 2000 bestehenden Hausarrest entlassen.¹ Dies war eine Folge der im Oktober 2000 begonnenen Gespräche zwischen der Militärjunta und der Oppositionsführerin.² Die Freilassung verstärkte die schon seit der Bekanntgabe der Gespräche geäußerte Hoffnungen auf einen Durchbruch bei der Lösung der seit den Wahlen von 1990 andauernden Konfrontationen zwischen dem Militär und der von Aung San Suu Kyi geführten National League for Democracy (NLD), die die 1990 abgehaltenen Wahlen eindeutig gewonnen hatte. Mit dem Ende der lang andauernden politischen Pattsituation schien eine Lösung der tiefgehenden Probleme Myanmars durch einen Kompromiss in Sicht.

Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Am 30. Mai 2002 kam es in Nord-Myanmar am Ende einer Reise der Oppositionsführerin und ihrer Begleitung in den nördlichen Kachin-Staat zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Anhängern der NLD, bei der es Tote und Verletzte gab. Aung San Suu Kyi wurde daraufhin in die Hauptstadt Yangon gebracht und in „Schutzhaft“ (*protective custody*) genommen, aus der sie im September 2003 noch nicht entlassen war.³

¹ Davor hatte Aung San Suu Kyi schon zwischen dem 20. Juli 1989 und dem 10. Juli 1995 unter Hausarrest gestanden.

² Zu diesen Gesprächen siehe Hans-Bernd Zöllner, Dialog in vermintem Gelände. Zu den Gesprächen zwischen der Militärjunta und der Opposition in Myanmar, in: *Internationales Asienforum*, 32. Jahrgang, 2001, S. 291–318. Unter Anm. 1 wird dort zur Frage der Benennung des Landes (Myanmar oder Birma) Stellung genommen.

³ Die Einzelheiten des sog. „Depayin-Zwischenfalls“ vom 30.5.2003 können hier nicht im Einzelnen erörtert werden. Unterschiedliche Darstellungen finden sich unter folgenden Webadressen: www.myanmar.com/press/press2003/31-5-03press/May31press2.html sowie

Im Folgenden wird versucht, Kriterien für eine Beurteilung der Ereignisse zwischen den beiden Arresten zu gewinnen. Dazu wird zuerst ein allgemeiner Überblick über die Art der Nachrichten aus Myanmar seit Mai 2002 gegeben. Danach wird die Entwicklung in verschiedenen Bereichen – Innenpolitik, internationale Beziehungen und Kultur – skizziert. Abschließend werden die Chancen zukünftigen Wandels eingeschätzt.

II. Die Nachrichtenlage: Ein Gemisch aus Nachrichten und Gerüchten sowie eine geheime Absprache

Die Nachricht vom Ende des Hausarrestes wurde von den internationalen Medien ebenso ausführlich publiziert und kommentiert wie die von der erneuten Inhaftierung. In Myanmar selbst wurde die Meldung des Jahres 2002 nur von der englischsprachigen, offiziellen Wochenzeitung *Myanmar Times* veröffentlicht, die nur einen sehr begrenzten Leserkreis hat. Ein Jahr später erschien ein Tag nach dem Zusammenstoß und der Verhaftung eine längere Verlautbarung in der offiziellen Tageszeitung *The New Light of Myanmar*. Diese Änderung in der Nachrichtenpolitik der Regierung drückt eine offensivere Haltung der Opposition gegenüber aus, ist aber für die Bevölkerung selbst ohne große Bedeutung. Wer im Lande lebt und an den politischen Ereignissen Interesse hat, stützt sich nach wie vor im Wesentlichen auf die von ausländischen Medien verbreiteten Nachrichten und die lokale Mundpropaganda, da es in Myanmar immer noch keine unabhängige Presse gibt.⁴

Begünstigt durch das Fehlen einer pluralistischen Medienlandschaft in Myanmar blühen dort die Gerüchte und Vermutungen über Ereignisse, die sich möglicherweise im Zentrum der Macht abspielen.

In der Vergangenheit hatten diese Gerüchte oft Spekulationen über angebliche Spannungen im Militär zum Inhalt. Im letzten Jahr konzentrierten sie sich auf das Verhältnis des Vorsitzenden des regierenden State Peace

New Light of Myanmar (unter www.myanmar.com) 5.–10., 15.–17., 21.–23.7.2003 (Regierung); www.ibiblio.org/obl/docs/BlkFriupdatejun24.pdf und www.ibiblio.org/obl/docs/Depayin_Massacre.pdf (Opposition). – Eine Analyse der Vorgeschichte des Zwischenfalls vom Autor dieses Artikels findet sich auf den Burma-Seiten des Asienhauses Essen unter www.asienhaus.de/burma/analysen/lueckenhaftechronik.doc.

⁴ Seit 2000 erscheint in englischer Sprache die Wochenzeitung *Myanmar Times*, die von einem Australier herausgegeben wird. Mit diesem, angeblich vom Nachrichtendienst des Landes und seinem Leiter Khin Nyunt, dem 1. Sekretär des SPDC, angeregten Blatt wird der Anschein von Pressefreiheit erweckt. – Die NLD hat geäußert, dass sie den Antrag gestellt habe, ein Parteiorgan zu publizieren. Die Zensurbehörde ist immer noch eine der wichtigsten Institutionen des Landes.

and Development Council (SPDC), Senior General Than Shwe, zum ersten Sekretär dieses Staatsrats, General Khin Nyunt, sowie deren Verhältnis zur Oppositionsführerin. Dabei wurde vermutet, dass Khin Nyunt, der als Architekt der Gespräche mit Aung San Suu Kyi angesehen wird, aber als Chef des Geheimdienstes im Militär keine Hausmacht hat, seine reformerischen Ansichten nicht durchsetzen könne und dass Than Shwe weiterhin eine im Kern kompromissfeindliche Politik gegenüber der Opposition verfolge. Diese und andere Vermutungen erhalten, wenn sie von den internationalen Medien aufgegriffen und nach Birma übermittelt werden, schnell den Charakter von verlässlichen Nachrichten mit einem angenehmen Gehalt an Wahrheit.

Darüber hinaus ist zu beobachten, dass sich das Bild der handelnden Personen im Laufe der Zeit stark verschoben hat. Khin Nyunt galt in der Frühzeit des State Law and Order Restoration Council (SLORC)⁵ als eine Art böser Mephisto, der das Erbe des ehemaligen Staatschefs Ne Win und dessen repressiver Politik verwaltete. Than Shwe dagegen, der im April 1992 den ersten Vorsitzenden des SLORC, den überforderten General Saw Maung, ablöste, galt früher als einem „liberalen Flügel“ im Militär zugehörig. Im übrigen hat sich auch das Bild von Aung San Suu Kyi gewandelt, nur wird darüber in den ausländischen Medien kaum berichtet. Vor allem unter den intellektuellen Oppositionellen gibt es Enttäuschung über die vorsichtige und zögerliche Haltung der Opposition und ihrer Führerin.⁶

Diese Umstände lassen es geraten erscheinen, zur Interpretation der weiterhin nebulösen Nachrichten über die Lage in Myanmar nach strukturellen Elementen Ausschau zu halten, die als Erklärungsmuster für die Handlungen der einzelnen politischen Protagonisten wie für das Verhalten der Bevölkerung dienen können. Dabei sind Rückgriffe in die Geschichte des Landes unvermeidlich.

Im Blick auf die Informationspolitik kann etwa darauf verwiesen werden, dass es in Birma bisher nie ein einigermaßen funktionierendes Zusammenspiel der „Vierten Gewalt“ mit den staatlichen Institutionen gegeben hat.⁷ Die gegenwärtige Informations- bzw. Desinformationspolitik der Regierung knüpft an die Tradition der königlichen Erlasse und Verlautbarungen aus vergangenen Zeiten an.

⁵ Im November 1997 erfolgte zusammen mit starken personellen Veränderungen im Rat und in der Regierung eine Umbenennung in State Peace and Development Council (SPDC).

⁶ Gespräche des Autors in Yangon im März 2003.

⁷ Zu den vielen Lücken in der Forschung zum modernen Birma gehört die Entwicklung der Presse in der Kolonial- und der Nachkolonialzeit bis 1962. Vgl. U Kyi Win, Massenmedien in Birma. Ein Bericht über die aktuelle Situation, in: *Internationales Asienforum*, 32. Jahrgang, 2001, S. 319–336. Gegenüber dem von Kyi Win beschriebenen Zustand hat sich mittlerweile einiges geändert.

Auch die Informationen, die von der Opposition ins Ausland gelangen, liefen bis zum 30. Mai 2002 weitgehend durch ein zentrales Nadelöhr. Der Pressesprecher der NLD, der ehemalige Oberst und stellvertretende Ministerpräsident aus der Zeit Ne Wins, U Lwin (vor 1988: Colonel Maung Lwin), gab im Ausland tätigen Journalisten regelmäßig telefonische Interviews, die seine Verlautbarungen dann über verschiedene Radiostationen auch in Myanmar verbreiteten. Nach dem 30. Mai wurde das zentrale Büro der NLD in Yangon geschlossen, so dass seitdem keinerlei offizielle Verlautbarungen von Seiten der Opposition mehr erfolgen.

Diese Tatsache macht aber auch deutlich, dass sich in den letzten Jahren die Kommunikationsmöglichkeiten mit dem Ausland gewandelt haben. Die Telefonleitungen ins Ausland funktionieren. Es gibt E-Mail-Anschlüsse. Die ausländischen Radiosendungen in den in Birma gesprochenen Sprachen (vor allem BBC, Voice of America und Democratic Voice of Burma) können weitgehend ungestört empfangen werden. Ein Sender wie CNN ist in den Fernsehern der Hotels einprogrammiert. Myanmar ist also de facto in das globale Kommunikationsnetz eingebunden, wenn auch nicht de jure. Es ist damit zu rechnen, dass Telefongespräche abgehört und E-Mails mitgelesen werden. Die Verbreitung von Nachrichten, die die Regierung kritisieren und so die von ihr definierten Interessen des Landes schädigen könnten, kann bestraft werden.⁸ Seit dem Mai 2002 ist keine grundsätzliche Veränderung eingetreten, wohl aber ein Wandel der technischen Möglichkeiten und auch der Atmosphäre. Im Vergleich zur Zeit vorher ließ sich eine geringfügig größere Freiheit feststellen⁹, was teilweise auf die seit den Gesprächen eingestellten massiven Angriffe auf die Opposition zurückzuführen ist. Diese Veränderungen können von der Regierung allerdings jederzeit widerrufen werden. Die Ereignisse vom 30. Mai und danach sind wohl ein solcher „Widerruf“, mit dem die Regierung eine ihr unliebsame Entwicklung zu stoppen versucht hat.

⁸ Die gegenwärtige Situation hat Tradition. Zum Thema Pressefreiheit sagte der frühere Ministerpräsident U Nu in seiner Rede vor dem Parteikongress der AFPFL (Anti Fascist Peoples Freedom League, der Partei, die Birma von 1948–1958 regierte) am Ende der „demokratischen“ Periode von Birmas Nachkriegsgeschichte: „However, one kind of writing is not permitted by the AFPFL Government. If the article, or essay, or cartoon is (i) meant or likely to disturb the public peace, or (ii) is meant or likely to create enmity or misunderstanding between the various racial groups or the various religious groups, or (iii) is defamatory, it is not permitted to be published. [...], if it is insisted that the prohibition of such kind of writing is undemocratic, than, on that insistence alone, there is nor democracy under the AFPFL Government.“ (U Nu, *Towards a Socialist State*. Translation of Speech delivered by the Hon'ble U Nu, President of the AFPFL and Prime Minister of the Union of Burma, on January 29, 1958, at the Third All-Burma Conference of the AFPFL, Rangun, ohne Datum, S. 58).

⁹ Diese Feststellung beruht auf Gesprächen bei einem Besuch im Lande im März 2003.

Entscheidend ist aber, dass die grundlegende Absprache zwischen Regierung und Opposition, die zur Freilassung vom Mai 2002 geführt hatte, nirgendwo protokolliert wurde. Dies hat Auswirkungen für die aus den Nachrichten abzuleitende Beurteilung der Lage im Land. Die Absprache hatte vertraulichen Charakter und wurde von Aung San Suu Kyi und ihren Vertrauten ebenso gehütet wie von ihren Gesprächspartnern, den Mitgliedern des Geheimdienstes, die die Kontakte zur Opposition unterhielten.¹⁰

Die Opposition ist also in die gegenwärtige Politik eingebunden, und zwar über den Bereich der Informationspolitik hinaus. Die Übereinstimmungen und Kontroversen zwischen Regierung und Opposition in verschiedenen Politikfeldern haben somit den Charakter von unterschiedlichen Interpretationen einer vertraulichen Absprache, aus denen sich Rückschlüsse auf den Gehalt dieser Absprache ziehen lassen. Die Ereignisse vom 30. Mai sind dabei eine kräftige Interpretationshilfe, geben aber für sich genommen noch keine eindeutigen Aufschlüsse, sondern müssen in einen weiteren Kontext gestellt werden.

Offenbar gehörte zu der vor der Freilassung Aung San Suu Kyis getroffenen Absprache, dass die NLD bis auf weiteres das Presse- und Informationsmonopol der Regierung akzeptierte, während diese den Fluss von Nachrichten ins Ausland und aus dem Ausland weitgehend tolerierte. Das war eine höchst fragile Absprache, die der Regierung sehr viel mehr Handlungsmöglichkeiten einräumte als der Opposition. Die großen Hoffnungen, die national wie international mit dieser Absprache verbunden wurden, trugen zu großer politischer Unsicherheit bei.

III. Innenpolitik: Kaum Kooperation, sondern ungleicher Wettbewerb

Schon vor den Ereignissen vom 30. Mai war der nach der Freilassung von Aung San Suu Kyi herrschende Optimismus gewichen. Es gab keinerlei Anzeichen dafür, dass die erwarteten Gespräche über die politische Gestalt eines zukünftigen Birma auch stattfinden. Die mögliche Teilung der Macht zwischen dem Militär und den Wahlsiegern von 1990 wurde ebenso wenig

¹⁰ Ähnlich wie U Lwin auf Seiten der NLD nehmen die Angehörigen des Geheimdienstes sowohl die Aufgabe von Kontakten mit der anderen Seite als auch die Funktion von Pressesprechern wahr. Verantwortlich für die Kontakte ist der Stellvertretende Leiter des Militärischen Geheimdienstes und Direktor des Büros für Strategische Studien (OSS), Generalleutnant Kyaw Win, ein Vertrauter des Geheimdienstchefs und 1. Sekretärs des SPDC, General Khin Nyunt. Ein Mitarbeiter von Kyaw Win, Brigadegeneral Than Tun, ist der Verbindungsoffizier des Militärs zu Aung San Suu Kyi und zu der NLD. Ihm unterstellt ist Oberst Hla Min.

thematisiert wie die Einbeziehung der ethnischen Nationalitäten in die Gespräche. Es gab auch keinerlei Ansatz für eine Verständigung über Fragen der Beziehungen zum Ausland und der dringend nötigen Förderung der Wirtschaft. Dagegen gab es auf unterer Ebene weitere Kontakte zur Besprechung organisatorischer Fragen etwa im Zusammenhang mit den Reisen Aung San Suu Kyis und ihrer Begleiter.

Vor allem aber fand eine indirekte Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten statt, die über internationale Medien und auf verschiedenen Treffen des ASEAN-Bündnisses ausgetragen wurde.¹¹

Ende April 2003 gab es einen solchen „indirekten Dialog“ zwischen beiden Seiten, der das zentrale Problem der innenpolitischen Situation beleuchtete. Am 15. April veröffentlichte die Regierung eine Stellungnahme, in der sie ihr „vollkommenes Vertrauen in Aung San Suu Kyi“ bekundete. Weiter wurde ausgeführt, dass die Regierung „bedeutsame und konstruktive Vorschläge in allen Fragen der nationalen Entwicklung von allen Bürgern willkommen heißt, besonders in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und wirtschaftliche Entwicklung“.¹² Eine Woche später kritisierte Aung San Suu Kyi in der dritten Pressekonferenz nach ihrer Freilassung die Regierung, indem sie die „Integrität des SPDC und deren Ernsthaftigkeit, eine nationale Aussöhnung zu erreichen“, bezweifelte.¹³ Sie bestätigte zugleich eine Kooperation mit der Regierung in der Gesundheitspolitik, besonders bei der Eindämmung von AIDS. Ein Sprecher der Regierung, der in die Kontakte mit der Opposition stark eingebunden ist, kritisierte die Äußerungen der Oppositionsführerin daraufhin als nicht hilfreich und „unzeitgemäß“ und forderte die Opposition auf, die bisherigen Hilfen der Regierung anzuerkennen.¹⁴

Diese Kontroverse verdeutlicht, dass die Regierung die Opposition und ihre Führerin nicht als gleichberechtigte Partner anerkannte, wie das von der Opposition und ihren Unterstützern im Ausland erwartet wurde. Hier zeichnete sich eine fundamental unterschiedliche Interpretation der stillschweigenden Vereinbarung zwischen beiden Seiten ab. Die Regierung wies der Opposition die Rolle einer gesellschaftlichen Gruppe zu, die unter dem Schutz der Regierung ihre Angelegenheiten verfolgt und von der erwartet

¹¹ Zu einem Überblick über den Dialog bis Ende 2002 siehe www.irrawaddy.org/res/talk.html. – Die Frage der Bewertung der erneuten Inhaftierung Aung San Suu Kyis wurde offenbar auf dem ASEAN-Treffen in Vientiane diskutiert. Danach unterbreitete Thailand eine *Road Map*, um den Verständigungsprozess in Myanmar wieder in Gang zu bringen. Auch die myanmarische Regierung und zahlreiche andere Organisationen veröffentlichten derartige Pläne.

¹² AFP, Reuters vom 15.4.2003.

¹³ AFP vom 24.4.2003.

¹⁴ *Irrawaddy* vom 29.4.2003

wird, dass sie in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen Beiträge leistet, die dem Wohl des Staatswesens dienen. Die Opposition dagegen bestand darauf, ebenfalls das „ganze Myanmar“ zu repräsentieren und daher von der Militärjunta als gleichberechtigter Partner ernst genommen zu werden, wenn das Land vorwärts kommen sollte. Die grundsätzliche Frage des Mandats für die politische Führung wurde von beiden Seiten damit nach wie vor ganz unterschiedlich verstanden.

Auf diesem Hintergrund verfolgten im Jahr nach der Freilassung Regierung und Opposition ihre eigenen Ziele parallel und mit ihren höchst unterschiedlichen Möglichkeiten. Die Regierung versuchte, das Land weiter zu entwickeln, wobei der oben zitierte Hinweis an die Adresse der NLD zeigt, dass ihr die Rückstände in zentralen Politikbereichen bewusst waren. Bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele bediente sich die Junta unter anderem der 1993 ins Leben gerufenen Union Solidarity Development Association (USDA), einer vorwiegend auf Jugendliche zielenden Massenorganisation, die 2002 eine nominelle Mitgliedschaft von über 17 Millionen hatte.

Aung San Suu Kyi konzentrierte sich nach ihrer Freilassung darauf, die Organisation ihrer Partei zu stärken. Sie unternahm eine Reihe von Reisen in verschiedene Landesteile und eröffnete zahlreiche Büros der NLD neu oder wieder.¹⁵ Die staatlichen Stellen tolerierten diese Reisen und unterstützten sie aus ihrer Sicht hilfreich. Die Opposition dagegen beschwerte sich seit der Reise in den Schan-Staat über Behinderungen während der Reisen. Bei späteren Reisen nahmen Berichte über solche Behinderungen, die auch Mitgliedern der USDA zugeschrieben wurden, zu.

Es waren dann Beschwerden von Seiten der NLD über Behinderungen der Reise Aung San Suu Kyis in den Chin-Staat, die Anlass für die „Vertrauenserklärung“ des SPDC und die Antwort der Oppositionsführerin gaben. Der auf der letzten, abgebrochenen Reise erfolgte Zusammenstoß stand also am Ende einer sich steigernden Eskalation zwischen beiden Seiten.

Die Generalsekretärin der NLD hatte zum Zeitpunkt ihrer erneuten Inhaftierung fast alle der 14 Landesteile (7 Divisionen im birmanischen Kernland und 7 Staaten, die nach den in ihnen traditionell dominierenden ethnischen

¹⁵ Die Regierung hatte zahlreiche Büros geschlossen, nachdem die Partei im September 1998 das Committee Representing the People's Parliament (CRPP) mit ins Leben gerufen hatte. – Aung San Suu Kyi besuchte im Mai Außenbezirke Yangons. Ihre erste Reise nach ihrer Freilassung führte – wie schon nach der Freilassung im Jahre 1995 – zu dem allseits verehrten Mönch U Viniya in den Mon-Staat (11.–16.6.2002). Danach reiste sie nach Mandalay und Magwe (23.–30.6.), in den Mon-Staat mit einem Abstecher in den Karen-Staat (20.–23.7.), in die Bago-(Pegu-)Division (14.–17.10.), den Schan-Staat (13.–27.11.), den Rakhine-(Arakan)-Staat (16.–24.12.) sowie in den Chin-Staat und die Sagaing-Division (3.–13.4.2003). Die 8. und längste Reise in den nördlichen Kachin-Staat begann am 1. Jahrestag der Freilassung, am 6. Mai 2003, und sollte bis zum 4. Juni dauern.

Nationalitäten benannt sind) besucht. Es fehlten noch der kleine Kayah-Staat im Osten sowie die Taninthary-(Tenasserim-)Division im Süden. Im Karen-Staat wurden allerdings noch keine Parteibüros eröffnet.

Die Abfolge der Reisen erlaubt den Schluss, dass die Oppositionsführerin ihren Anspruch demonstrieren wollte, in der Nachfolge ihres Vaters das ganze Land zu vertreten. Zwei wesentliche Erfolge von Aung San, die den Weg für Birmas Unabhängigkeit geebnet haben, waren das Abkommen von Panglong (einem Ort im Schan-Staat) im Februar 1947, in dem einige Führer der Minderheiten ihre Absicht bekundeten, gemeinsam die Union von Birma als einen von Großbritannien unabhängigen Staat zu gründen, und die 1947 von seiner Partei gewonnenen Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung.

Der Anspruch der Opposition auf eine gleichberechtigte Stellung mit der Militärregierung wird dadurch unterstrichen, dass Aung San Suu Kyi der Jugend unter ihren Anhängern besondere Beachtung schenkt.¹⁶ Eine weitere Aktivität der Opposition bestand darin, dass das 1998 ins Leben gerufene Committee Representing the People's Parliament (CRPP), das stellvertretend für das 1990 gewählte und nie zusammengetretene Parlament zu sprechen beansprucht, einige neue Mitglieder aufgenommen hat. Im Oktober kamen drei Vertreter ethnischer Nationalitäten hinzu, im Januar fünf weitere Mitglieder aus verschiedenen Ethnien, unter ihnen ein Mitglied der mittlerweile verbotenen Partei, zu der Dr. Sein Win, Vetter Aung Sans und Chef der 1989 gegründeten „Exilregierung“ des Landes, gehört.¹⁷ Weitere Anträge auf Mitgliedschaft wurden geprüft. Die Opposition versuchte also, ein für die verschiedenen Gruppen repräsentatives Gremium zu etablieren, das anders als die Militärjunta durch die Wahlen von 1990 legitimiert war.¹⁸

Diese Bemühungen der Opposition verdeutlichen zugleich ihre elementare Schwäche. Die NLD wie das von ihr gestützte Komitee verfügen über keine feste Organisationsstruktur. Der Aufbau eines landesweiten funktionsfähigen Parteiapparats dürfte selbst unter guten politischen Bedingungen Jahre dauern. Das Hauptquartier der NLD, in dem auch die Sitzungen des CRPP stattfinden, wirkt auf den Besucher wie das Büro einer kleinen NGO auf dem Lande. Die Aktionen der Partei und ihrer Führung hatten daher – wie schon vor Mai 2002 – vorwiegend symbolischen Charakter und waren keine reale Bedrohung für die Regierung.

¹⁶ DVB, 4.1.2003. In ihrer Ansprache zum 55. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes hob sie hervor, wie sehr sie die Unterstützung der Jugend bei ihren Reisen ermutigt habe.

¹⁷ Diese „Regierung“, das National Coalition Government of the Union of Burma (NCGUB), hat ihren Sitz in Washington, D.C.

¹⁸ Nicht alle Mitglieder des Gremiums gewannen 1990 einen Parlamentssitz. Aung San Suu Kyi ist die prominenteste der drei Nichtparlamentarier unter den 10 ursprünglichen Gründungsmitgliedern.

Allerdings konnte die zunehmende nationale und internationale Beachtung, die Aung San Suu Kyis Reisen erfuhren, den Eindruck entstehen lassen, als sei die Opposition tatsächlich so etwas wie eine „Regierung im Wartestand“. Dieses ist wohl einer der Gründe für den Zusammenstoß vom 30. Mai und die erneute Inhaftierung Aung San Suu Kyis. Die Regierung machte damit deutlich, dass sie keinerlei Zweifel an ihrer Führungsposition aufkommen lassen kann und will. Sie konnte es von ihrem – verbal am 15. April artikulierten – Standpunkt aus nicht zulassen, dass auch nur der Anschein aufkam, als gäbe es im Lande eine von der Regierung unabhängigen politischen Kraft.

Dies zeigte sich auch bei der Frage, die für Aung San Suu Kyi seit ihrer Freilassung ganz oben auf ihrer politischen Agenda steht, der Freilassung politischer Gefangener. Über 500 Gefangene wurden zwar freigelassen, überwiegend im zeitlichen Umfeld von Besuchen ausländischer Vermittler, und es gab eine Verständigung beider Seiten über die Anzahl der noch inhaftierten NLD-Mitglieder. Es gibt insgesamt noch mindestens 1000 Gefangene, die auf Grund kritischer Äußerungen und friedlicher Aktivitäten gegen die Regierung inhaftiert sind. Vor und nach dem 30. Mai 2003 hat es weitere Verhaftungen und Verurteilungen auch von Mitgliedern der Oppositionspartei gegeben.

Diese Ereignisse lassen sich auf dem Hintergrund der politischen Traditionen Myanmars interpretieren. Sie gehen auf die Zeit des birmanischen Königturns zurück und haben in anderen Ländern Südasiens Parallelen.¹⁹ Die staatliche Macht konzentriert sich danach in der Person des aktuellen Herrschers, dessen Legitimation unterschiedlich begründet, aber immer in eine größere moralisch-kosmologische Ordnung eingebunden ist. Diese zentrale Person ist in Myanmar gegenwärtig Than Shwe, der in sich verschiedene für die Regierung und Repräsentanz des Landes zentrale Funktionen vereint.²⁰ Allein von einem solchen, von einer Person verkörperten Zentrum her lassen sich in diesem Konzept die tendenziell anarchischen und eigenständigen Neigungen der Landesbewohner in Schach halten.²¹ Der Herrscher

¹⁹ Grundlegend ist Robert Heine-Geldern, *Conceptions of State and Kingship in Southeast Asia*, Ithaca, N.Y., Cornell University, 1956 (urspr. 1942); für eine Diskussion von Kontinuität und Wandel in Birmas Geschichte siehe Victor B. Lieberman, „Reinterpreting Burmese History“, in: *Comparative Studies in Society and History* 29, 1987: 162–194.

²⁰ Than Shwe ist Vorsitzender des SPDC, Oberkommandierender der Streitkräfte und Staatsoberhaupt und war bis zum 25. August 2003 auch noch Premierminister. Diesen Posten übertrug er dem bisherigen 1. Sekretär des SPDC, Khin Nyunt.

²¹ Lieberman, „Reinterpreting Burmese History“: 185, weist auf die religiösen Wurzeln dieses Konzeptes hin. Sein Ursprungsmythos liegt in der Erzählung des ersten Königs der Menschen, Mahasammata (der Große Gewählte), der zum Herrscher gewählt wurde, um das in der Urzeit entstandene Chaos zu bändigen. Aung San befürwortete Zeit seines

benötigt für seine Tätigkeit Ratgeber und Mitarbeiter, die eine ambivalente Rolle spielen. Sie sind loyale Mitarbeiter, aber auch potentielle Rivalen, da sie auf der Grundlage einer ihnen zugesprochenen größeren Legitimation den aktuellen Herrscher verdrängen könnten. Das gilt heute gleichermaßen für die Mitarbeiter im Militär wie etwa Khin Nyunt und seine Leute wie auch für die Angehörigen aller anderen gesellschaftlichen Gruppierungen.

Dieses Grundmodell macht für den jeweiligen Herrschers eine doppelte Strategie nötig. Zum einen muss er für sein Volk und für seine Mitarbeiter gut sorgen, um sie zufrieden zu stellen und sich ihrer Loyalität zu versichern, zum anderen muss er sie auch in Schach halten und Vorsorge gegen einen möglichen Sturz treffen. Alternativ gibt es die Möglichkeit, dass ein Rivale um die Herrschaft außerhalb des aktuellen Herrschaftsbereichs steht, was eine gewaltsame Auseinandersetzung, also Krieg oder Bürgerkrieg, zur Folge hat.²²

Die doppelte Haltung von Fürsorge und Vorsorge wird nun auch von der Junta gegenüber der „kleinen Schwester“ Aung San Suu Kyi und ihrer Organisation eingenommen. Aus Sicht der Junta haben sich die Wahlsieger von 1990 in den „vertrauensbildenden Gesprächen“ in die vom SPDC dominierte Herrschaftspyramide hineinbegeben. Wenn Anfang 2001 die Angriffe gegen Aung San Suu Kyi und ihre Partei, sie als Agenten ausländischer Mächte darzustellen, eingestellt wurden, entspricht das der Haltung gegenüber den ethnischen Gruppen an den Rändern des Territoriums, die ihre Rebellion aufgegeben und den Boden der Legalität wieder betreten haben.²³

Für die Opposition gab es zu den Gesprächen mit der Junta kaum eine Alternative. Die Überlegenheit des SPDC war und ist auf Grund ihrer militärischen und organisatorischen Stärke eindeutig, subjektiv ist Aung San Suu Kyi – im Unterschied zu ihrem Vater, dem General – eine überzeugte An-

Lebens einen „starken Staat“ und begründete das säkular unter anderem mit dem Charakter der Birmanen. Seine stärkste Formulierung aus dem Jahr 1940 lautete: „What we want is a strong state administration as exemplified in Germany and Italy. There shall be only one nation, one state, one party, one leader. There will be no parliamentary [*sic!*] opposition, no nonsense of individualism. Every one must submit to the state which is supreme over the Individual.“ Josef Silverstein (Hrsg.), *The Political Legacy of Aung San*. With an Introductory Essay by Josef Silverstein. Ithaca, New York: Cornell University Southeast Asia Program, 1972: 13f.

²² Dieses Herrschaftsmuster durchzieht die Geschichte des Königreiches Birma. Sie hat sich im unabhängigen Birma wiederholt, die als eine Abfolge unterschiedlicher „Zweikämpfe“ zwischen verschiedenen Rivalen um die Führungsposition im Staate gesehen werden kann. Die zentrale politische Tragödie des postkolonialen Birma, Aung Sans Ermordung, war Folge eines solchen Zweikampfs.

²³ Die Formulierung, mit der diese „Rückkehr“ der Rebellen umschrieben wird, ist aufschlussreich. „Return to the legal fold“ bedeutet wörtlich „Rückkehr in den legalen Schafpferch“ – unter der Aufsicht des jeweiligen obersten Hirten.

hängerin einer Politik der Gewaltlosigkeit. Allerdings war dieses Betreten des Herrschaftsbereichs des SPDC im Blick auf die international üblichen Standards eine Unmöglichkeit. Die Rolle der „loyalen Daueropposition“ ist nicht vorgesehen.²⁴ Für Aung San Suu Kyi, die sich als legitime Erbin ihres Vaters sieht und durch den Wahlsieg von 1990 darin bestätigt wurde, ist eine solche Rolle auf Dauer ebenso wenig akzeptabel wie für ihre Anhänger und internationalen Unterstützer. Es widerspricht ihrem Verständnis von Demokratie und zugleich dem hierarchischen Modell der politischen Traditionen, das auch für die meisten ihrer Anhänger immer noch Gültigkeit hat. In den Augen des Volkes ist sie die Alternative zur „schlechten Herrschaft“ des Militärs. Ihre Forderung nach „demokratischer“ Umwandlung des Landes wird daher auch durch den Umstand begrenzt, dass sie die einzige Autorität ist, die die Partei im Inland wie im Ausland zu repräsentieren in der Lage ist. Ihre starke Position wird durch ein Konzept gestützt, das sie überwinden will.

Nach außen hin gibt es bei der NLD daher auch ein anderes, eher funktionales Verständnis von Hierarchie als bei den Militärs. Aung San Suu Kyi als eindeutige Führerin der Partei hat „nur“ die Funktion einer Generalsekretärin. Der Parteivorsitzende Aung Shwe spielt im Vergleich zu ihr nur die Rolle eines Repräsentanten.

Diese Annahmen werden durch die Ereignisse um den früheren Staatschef Ne Win gestützt. Sein Rücktritt von seinem letzten Amt als Vorsitzender der Burma Socialist Programme Party (BSPP) im Juli 1988 hatte zu einer Politisierung der im März dieses Jahres beginnenden Unruhen geführt. Es war in den vergangenen Jahren immer wieder darüber spekuliert worden, dass der ehemalige General hinter den Kulissen weiter die Politik beeinflusse.

Im März 2002 wurden vier Angehörige seiner Familie, ein Schwiegersohn und dessen drei Söhne, verhaftet und angeklagt, einen Staatsstreich geplant zu haben. In dem folgenden Prozess wurde versucht zu beweisen, dass sie diesen Staatsstreich mit Hilfe der Wachmannschaften vor dem Haus, in dem Ne Win und die Familie seiner Tochter Sandar lebte, sowie anderer Militärs durchführen wollten. Als Motiv gilt Unzufriedenheit darüber, dass die Wirtschaftsunternehmen der Familie von der Regierung nicht wie gewünscht gefördert worden seien.²⁵ Trotz der nach Meinung von Prozessbeobachtern eher dürftigen Beweislage wurden die vier Hauptangeklagten zum Tode und zahlreiche Soldaten zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Die

²⁴ Es war die frühere Außenministerin der USA, Madeleine Albright, die die Junta Anfang 2001 warnte, Aung San Suu Kyi nur als „kleine Schwester“ zu sehen und zu behandeln.

²⁵ Zu einer gründlichen Analyse der Ereignisse siehe www.ntu.edu.sg/idss/Perspective/research_050206.htm.

Todesurteile wurden in einer Berufungsverhandlung bestätigt.²⁶ Ne Win selbst wurde nicht beschuldigt, an dem Putschversuch beteiligt gewesen zu sein. Seine Lieblingstochter Sandar, eine Geschäftsfrau, wurde unter Hausarrest gestellt, aber nicht angeklagt.

Diese Vorgänge können als eine Demonstration Than Shwes verstanden werden, sich endgültig von der Herrschaft Ne Wins zu distanzieren. Indem seine Familie diskreditiert, der ehemalige Staatschef selbst aber verschont wurde, unterstrich der erste Mann im Staate seinen alleinigen Führungsanspruch und knüpfte an das Verhalten früherer Herrscher an, die einen abgesetzten König oder rivalisierenden Prinzen verschonten, deren Helfer aber hart bestrafte.²⁷

Offensichtlich werden im heutigen Myanmar wichtige und möglicherweise kontroverse Entscheidungen letztlich allein von dem Mann an der Spitze der Militärjunta, also vom „Senior General“ Than Shwe, getroffen. Alle anderen Personen im Militär oder außerhalb haben dieselbe Doppelrolle wie die Führerin der Opposition. Sie sind loyale Zuarbeiter und zugleich potentielle Konkurrenten. Das bedeutet, dass die zentrale Rolle des langjährigen 1. Sekretärs der Junta, Khin Nyunt, in der Vergangenheit falsch eingeschätzt worden ist. Er ist ein wichtiger Berater und hat zahlreiche Abteilungen der Regierung unter sich, hat aber wohl weder den Ehrgeiz noch die Möglichkeit, an die Spitze des Staates aufzurücken. Als möglicher Konkurrent um die Macht fehlt ihm der Rückhalt im Militär, wo er nie als Kommandant einer militärischen Einheit tätig war.²⁸ Möglicherweise hat sich diese eindeutige Rollenverteilung im Laufe der letzten Jahre in der Interaktion zwischen Regierung und Opposition herausgebildet.²⁹

Die Ende August erfolgten Veränderungen im SPDC und im Kabinett bestätigen diese Annahmen. Khin Nyunt wurde zum Ministerpräsidenten ernannt und übernahm damit eines der Ämter Than Shwes. In seiner Funk-

²⁶ Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels war das Verfahren, in dem es noch die Möglichkeit eines Gnadengesuchs gibt, noch nicht abgeschlossen. Es wird allgemein damit gerechnet, dass die Urteile in lebenslängliche Freiheitsstrafen umgewandelt werden.

²⁷ So etwa bei der Machtübernahme des Königs Bagyidaw 1819 und nach dessen Absetzung 1837.

²⁸ Zu den Anforderungen, denen in der Zeit des birmanischen Königtums ein Kronprinz genügen sollte, gehörte die Bewährung in Feldzügen.

²⁹ In der Serie, in der die Reisen Aung San Suu Kyis aus der Sicht der Regierung dargestellt werden, wird im Rückblick ausführlich auf das Treffen Aung San Suu Kyis mit Than Shwe im Jahr 1995 Bezug genommen. Im Text zu den veröffentlichten Bildern wird das Bild von einem „Familientreffen“ bemüht. Weiter wird betont, dass die Vertreterin der NLD die mit dem Treffen gegebene Chance, den Staatschef von ihren Ideen für einen friedlichen Übergang zu überzeugen, offenbar nicht habe nutzen können. Siehe *New Light of Myanmar* 5. und 7.7.2003.

tion als 1. Sekretär des SPDC wurde er durch den bisherigen 2. Sekretär, General Soe Win, abgelöst. Diese Veränderungen zeigen Parallelen zu den Praktiken früherer Könige und auch Ne Wins zur Sicherung der Herrschaft des Mannes an der Spitze.

IV. Außenbeziehungen: Eigensinn und Signale guten Willens

Die enttäuschten Hoffnungen auf einen politischen Durchbruch nach Aung San Suu Kyis Freilassung hatten auch Auswirkungen auf die auswärtigen Beziehungen Birmas. Betroffen war in erster Linie der Sonderbotschafter der Vereinten Nationen, der malaysische Diplomat Razali Ismail, dessen Initiative maßgeblich zum Zustandekommen der Gespräche im Oktober 2000 beigetragen hatte. Razali hatte schon früher einen zügigen Dialog ange-mahnt, die zögerliche Haltung der Junta kritisiert und eine Beendigung seines Engagements in Aussicht gestellt.³⁰ Auf Grund der kontroversen Aussagen beider Seiten im April 2003 und der Tatsache, dass er seit sechs Monaten nicht mehr nach Myanmar hatte kommen können, äußerte er persönliche Frustration und meinte, er sei für diese Aufgabe „shanghait“ worden.³¹

Ähnliche Reaktionen wurden von dem anderen UN-Sonderbeauftragten berichtet, dem brasilianischen Rechtsprofessor Sergio Pinheiro, der sich bemüht, die Wahrung der Menschenrechte in Myanmar zu verbessern. Er zeigte sich ebenfalls vom Fortgang der Gespräche enttäuscht³², ermahnte aber auch die internationale Gemeinschaft, nicht nur abzuwarten, sondern den Verständigungsprozess zu fördern.³³ Diese Aussage wurde von der Junta und ihren Propagandisten sofort ausgenutzt.³⁴ Pinheiro versuchte sich in einem anderen Zusammenhang der Instrumentalisierung von Seiten der Militär-regierung zu entziehen. Er weigerte sich, das Angebot einer Reise in den Schan-Staat anzunehmen, um dort die Vorwürfe von systematischen Verge-waltigungen von Frauen durch das Militär zu untersuchen.³⁵ Schließlich

³⁰ So in einem Interview vom November 2002, das u.a. in der Zeitung *Irrawaddy* abgedruckt wurde. Siehe www.irrawaddy.org/razali.html.

³¹ So ein Bericht von Larry Jagan in *IPS*, 29. April 2003.

³² So in einem Interview mit *Democratic Voice of Burma* vom 5.11.2002.

³³ AFP vom 3. März 2003. Die Aussage bezog sich auf den am 27.12.2003 abgegebenen Bericht Pinheiros. Zum Text siehe www.ibiblio.org/obl/docs/SRM2003.htm. In den Schlussfolgerungen findet sich etwa der Grundsatz: „The policy option now should be engagement, not isolation.“ (Punkt 55)

³⁴ Siehe www.myanmar.com/myanmartimes/MyanmarTimes8-156/index.htm; so auch schon vorher in der Ausgabe der Zeitung vom 4.–10.11.2003.

³⁵ Siehe www.burma.no/nyhetsarkiv/2002/oktober/211002_activists_welcome.htm.

brach er seine letzte Reise im März 2003 drei Tage früher als geplant ab, nachdem er festgestellt hatte, dass seine Gespräche mit Gefangenen abgehört worden waren.³⁶

Diese Vorgänge belegen einmal mehr den besonderen und von mehreren Seiten ausgeübten Druck, unter dem die Vermittler stehen. Sie haben sich durch die Annahme ihrer Tätigkeit zu einem Teil vom Verhalten der an den Gesprächen in Myanmar Beteiligten abhängig gemacht. Offensichtlich interpretieren sie die mit der Junta geführten Gespräche anders als diese selbst. Die Vermittler erwarten die Einhaltung fester Zeiten, in denen bestimmte inhaltliche Fragen abzuarbeiten sind, da sie nur einen sachlich und zeitlich begrenzten Sonderauftrag haben.³⁷ Die Regierung dagegen betont die Notwendigkeit eines offenen zeitlichen Rahmens, da die schwierige Natur der anstehenden Probleme es nicht angeraten sein lasse, Dinge übers Knie zu brechen.³⁸

Offensichtlich ist das Verhältnis zwischen der Regierung Myanmars und den Vermittlern ebenso ungleichgewichtig wie das zwischen Junta und Opposition. Die Regierung besteht auf ihrem Recht, als Regierung eines souveränen Landes Herr des Verfahrens zu sein und somit auch festzulegen, wann der Besuch eines UN-Gesandten opportun ist und wann nicht. Der Fortgang auch der internationalen Beziehungen hängt angesichts der Struktur der politischen Führung in Myanmar von den Entscheidungen General Than Shwes, des Vorsitzenden der Junta, ab.³⁹

³⁶ AFP vom 26. März 2003.

³⁷ Razali sprach im November davon, die Zusage der Regierung, dass „sehr bald“ weitere Fortschritte zu erwarten seien, bedeute nach seinen Erfahrungen konkret einige Wochen, aber nicht Monate. Er selbst würde alle 6 Monate neu gebeten, seinen Auftrag noch weiter wahrzunehmen.

³⁸ In einer offiziellen Broschüre aus dem Jahr 2001 (siehe: www.myanmar-information.net/political/english.pdf) schreibt der Regierungssprecher Colonel Hla Min: „Myanmar is now going through an evolution but there are some who want to turn it into a revolution. She is holding on to her hard-won peace and stability just like ASEAN are holding to theirs. *Peace may not be everything-but without peace, everything is nothing.*“ (S. 39). Vergleiche, die in *Südostasien aktuell*, September 2002, S. 429, wiedergegebenen Ausführungen Khin Nyunts beim Staatsbesuch Mahathirs im August 2002: „Aber solch ein Übergang [zur Demokratie] kann nicht hastig und in einer mit dem Zufall arbeitenden ... Weise erfolgen. Die Welt ist voll von Beispielen dafür, wie ein hastiger Übergang von einem System zu einem anderen zu Unruhen, Instabilität und sogar versagenden Staaten geführt hat.“

³⁹ In seinem Interview vom November 2002 erwähnte Razali Ismail, dass er den Wunsch geäußert habe, mit Than Shwe und nicht nur mit seinem ständigen Gesprächspartner Khin Nyunt zu sprechen. (s. Anm. 20). Nach der Konferenz der ASEAN-Außenminister in Phnom Penh im Juni 2003 äußerte der Außenminister Myanmars, die dort gemachten Vorschläge würden im Lande „ernsthaft geprüft“.

Die Enttäuschung des malaysischen Sondergesandten hat Auswirkungen auf das Verhältnis zum Premierminister Malaysias, Mohammed Mahathir, der den Dialogprozess initiiert und Razali als Sonderbotschafter vorgeschlagen haben soll. Mahathir stattete Myanmar im August 2002 einen zweitägigen Besuch ab, traf dabei aber entgegen den allgemeinen Erwartungen nicht mit Aung San Suu Kyi zusammen. Angeblich hatte er um die Genehmigung für einen solchen Besuch nachgesucht, sie aber nicht erhalten. Um seine Beziehungen zu Than Shwe nicht zu gefährden, akzeptierte er diese Absage.⁴⁰ Damit riskiert die Führung Myanmars die Unterstützung seines bisher aktivsten Verbündeten unter den ASEAN-Ländern und begibt sich auf einen Weg der erneuten Isolierung.

Auf der anderen Seite gelang es, die heftigen Spannungen mit Thailand, die in den vergangenen Jahren aus unterschiedlichen Anlässen entstanden waren, abzubauen. Höhepunkt der Annäherung, der ein Besuch des thailändischen Premiers Thaksin Shinawatra in Myanmar im Februar 2003 vorangegangen war, war der 5-tägige Besuch der thailändischen Prinzessin Sirindhorn im März 2003, mit dem auch die birmanische Regierung einen Hauch königlichen Flairs erhielt. Mit dieser Annäherung wurde ein Ausgleich für das abgekühlte Verhältnis zu Malaysia erreicht, aber keine grundlegende Veränderung der Randstellung Myanmars im ASEAN-Verbund.

Dass sich die Haltung der westlichen Länder gegenüber Myanmar angesichts des ausbleibenden politischen Durchbruchs nicht grundlegend ändert, war zu erwarten. Die Europäische Union hat ihre Sanktionen verlängert, allerdings zugestimmt, dass ein Vertreter Myanmars bei der letzten Konsultation zwischen der ASEAN und der EU anwesend war. Die amerikanische Regierung hat nach dem Irak-Krieg ihre Enttäuschung über das Ausbleiben von Fortschritten zum Ausdruck gebracht.⁴¹

Die Militärjunta hat im vergangenen Jahr somit im Wesentlichen eine Politik verfolgt, die einseitig und eigensinnig die Souveränität des Landes betont und damit eine weitere internationale Isolierung – oder im Blick auf die ASEAN eine Re-Isolierung – in Kauf nimmt. Die Freilassung Aung San Suu Kyis hatte in erster Linie die Funktion, guten Willen zu zeigen und damit die eigene Position im Inland und gegenüber dem Ausland in solchen Politikbereichen zu stärken, die auch nach dem eigenen Selbstverständnis dem Wohlergehen des Landes und seiner Menschen dienen.

⁴⁰ Siehe www.rsi.com.sg/en/programmes/comment/2002/08_22.htm. Die Zurückweisung der Wünsche und Erwartungen Mahathirs wurden gegenüber dem Autor im März von verschiedenen Personen bestätigt.

⁴¹ So Colin Powell laut einem Bericht laut AFP vom 30.4.2003.

Hierfür gibt es weitere Belege. Großbritannien hat 15,7 Millionen US\$ für die Unterstützung von Projekten zur Bekämpfung von AIDS zur Verfügung gestellt, die unter dem Dach des United Nations Development Program von verschiedenen im Lande operierenden NGOs durchgeführt werden.⁴² Die Vereinigten Staaten haben 3 Millionen US\$ für ein auf 5 Jahre angelegtes Anti-Drogen-Programm mit einem Gesamtumfang von 15,5 Millionen US\$ beigesteuert.⁴³ Damit fand eine langjährige Aufforderung der Regierung Myanmars an die amerikanische Regierung, sich am Kampf gegen die Drogenproduktion im myanmarisch-chinesisch-thailändischen Grenzgebiet zu beteiligen, ein positives Echo. Diese Zusagen sind bemerkenswert, da die beiden Geberländer zu den schärfsten Kritikern der Militärjunta gehören.

Darüber hinaus hat die Regierung wie schon vor dem Mai 2002 mit internationalen Agenturen kooperiert, die dem Umgang mit den Menschenrechten im Lande höchst kritisch gegenüberstanden und -stehen. Schon 1999 war eine Übereinkunft mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (ICRC) getroffen worden, die es der Organisation ermöglicht, die Gefängnisse zu besuchen und auch ohne Anwesenheit Dritter mit Gefangenen zu sprechen. Anfang 2001 gab es eine Vereinbarung mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über die Errichtung eines Büros in Yangon.⁴⁴ Schließlich erhielt Amnesty International im Februar 2003 die Erlaubnis, das Land zu besuchen, mit Gefangenen zu sprechen und auch ein Gespräch mit Aung San Suu Kyi zu führen. Um eine solche Genehmigung hatte die Organisation seit 1988 nachgesucht. Der nach dem Besuch der Delegation verfasste Bericht stellte fest, dass alle Wünsche der Delegation erfüllt worden waren und dass das Hauptproblem das Fehlen einer verlässlichen rechtsstaatlichen Praxis sei.⁴⁵

Insgesamt lässt sich die Außenpolitik der Regierung als eine weitere Variante der konsequent neutralen Politik verstehen, die das Land seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1948 verfolgt hat⁴⁶ und die in gewisser Weise

⁴² Associated Press vom 28.4.2003.

⁴³ Siehe www.myanmar-narcotic.net/heroin/AID.HTM. Die Bundesregierung hat den Vereinten Nationen für die Drogenbekämpfung 1,25 Millionen € zugesagt (*Südostasien aktuell*, Januar 2003, S. 26).

⁴⁴ Siehe www.ilo.org/public/english/standards/relm/gb/docs/gb285/pdf/gb-4-ad.pdf. Der Bericht des ILO-Beauftragten stellt u.a. fest, dass das Büro zum Zeitpunkt seines Besuchs im Oktober 2002 noch nicht über einen funktionsfähigen Telefonanschluss verfügte. Auch sonst steckte die Arbeit noch in den Kinderschuhen.

⁴⁵ Siehe www.amnestyusa.org/news/2003/myanmar02102003_2.html.

⁴⁶ Ein weiterer Beleg dafür sind die Bemühungen Myanmars in letzter Zeit, die Kontakte zu Indien und Bangladesch zu verstärken, um auf diese Weise ein Gegengewicht zu dem übergroßen Einfluss Chinas auf Wirtschaft und Politik des Landes zu schaffen. Siehe *Südostasien aktuell*, Januar 2003, S. 29f.

die Politik der birmanischen Könige fortführt. Damals wie heute hebt sich das birmanische Staatswesen gegenüber der Außenwelt durch die eigenen Ansprüche und Traditionen ab. Wurzelte die eigenen Souveränität früher in dem Konzept, dass der Thron des birmanischen Königs das Zentrum der buddhistischen Kosmologie bildet, wird heute das im Völkerrecht verankerte Prinzip der Nicht-Einmischung bemüht, das in der Gemeinschaft der ASEAN-Staaten eine besondere Ausprägung erfahren habe, um den Anspruch auf den „eigenen Weg“ zu begründen. Dabei können sich, wie die Öffnung für humanitäre und soziale Projekte zeigt, durchaus Ergebnisse einstellen, die sowohl der Regierung wie der Bevölkerung zu Gute kommen.

V. Kultur

Im Vessantara-Jataka – der am häufigsten dargestellten und letzten der 527 Erzählungen aus den Vorleben des Buddha – wird beschrieben, wie der zukünftige Erleuchtete in der Gestalt eines Prinzen einen ihm gehörenden weißen Elefanten weggibt, damit Regen fällt, von dem das Volk profitiert. Der Prinz wird daraufhin von seinen Eltern verstoßen, seine Frau und seine zwei Söhne gehen mit ihm, aber auch von ihnen trennt er sich auf seinem weiteren Wege aus edlen Motiven. In dieser Geschichte wird die buddhistische Tugend des *dana*, des Gebens, exemplifiziert, und zwar in einer radikalen Form und mit einem Happy End: der Prinz wird für seine Tugend reichlich belohnt.

Von den politischen Protagonisten im heutigen Myanmar ist es zweifellos Aung San Suu Kyi, die dem im Jataka beschriebenen Vorbild am nächsten kommt. Zugunsten ihrer Aufgabe für die Menschen in Myanmar hat sie sich von ihrem bisherigen Leben und sogar von ihrem Mann und ihren zwei Söhnen getrennt, und in Yangon ein Einsiedler-Leben geführt. Sie hat in Kauf genommen, dass ihr Mann, Michael Aris, in London starb, ohne dass sie ihn noch einmal besuchen konnte. In den Jahren des Hausarrestes hat sie viel meditiert und tut das auch jetzt noch. Aung San Suu Kyi hat Züge einer buddhistischen Heiligen, die aus ihrer inneren Stärke heraus lebt.

Ihre Gegenspieler im Militär sind auf andere Art und Weise religiös. Sie verschenken keine weißen Elefanten, sie lassen sie sich schenken. Wie aus dem Jataka zu entnehmen, haben weiße Elefanten besondere, Glück bringende Kräfte. Traditionell gehörten die Tiere, die im Lande gesehen wurden, dem König, und je mehr von ihnen in seinem Palast lebten, desto verheißungsvoller waren die Aussichten für die Herrschaft des jeweiligen Königs und damit auch die für das Wohl des ganzen Landes. Die Elefanten-Albinos zugewiesene Bedeutung hängt mit der Geburtsgeschichte des Buddha zusam-

men. Seine Mutter träumte bei seiner Empfängnis, dass ein großer weißer Elefant sie mit einer Lotusblüte berührte. Der Elefant symbolisiert hier Glück, in der buddhistischen Terminologie die Ansammlung viel „weißen“, also guten Kammass.

Dieser Tradition entsprechend wurde in Myanmar das Auftauchen von insgesamt drei weißen Elefanten in den letzten Jahren als ein Staatsereignis gewertet und behandelt. Khin Nyunt wurde dabei besonders häufig erwähnt.⁴⁷ Die Elefanten wurden nach Insein gebracht und werden dort seitdem gehalten, und zwar am Fuße des Mindhamma(„Königlicher Dhamma“)-Hügels, auf dem über viele Jahre die Kyaungdawgyi-Pagode („Das Große Ehrwürdige Kloster“) entstanden ist, die den angeblich größten in Marmor gehauenen Buddha der Welt beherbergt. Die Statue ist aus einem in der Nähe Mandalays gefundenen Marmorblock gehauen, 12 m hoch und 500 Tonnen schwer. Die Arbeiten an der Statue und an der Pagode wurden in der Presse ausführlich beschrieben.⁴⁸ Über das Bauwerk wurde im Internet-Dienst der Regierung unter einer eigenen Rubrik berichtet. Dort war zu lesen, dass allein 12 Ministerien an dem Projekt mitgearbeitet haben.⁴⁹

An der Decke zu den beiden Aufgängen zu der Skulptur ist der Ablauf der Arbeiten auf großen Gemälden dargestellt, die der Besucher sieht, wenn er die Pagode verlässt. Das Volk ist im Hintergrund zu sehen⁵⁰, im Vordergrund stehen die beteiligten Künstler und Handwerker und besonders die Militärs, allen voran Khin Nyunt, der hier besonders häufig zu Gast ist und der als der Initiator des Baus gilt. Neben den weltlichen Herren sind die führenden Vertreter des Sangha, der Mönchsgemeinde, zu sehen, die das Projekt mit ihrem Segen begleitet haben.

Die Aufmerksamkeit, die den weißen Elefanten geschenkt wird, und der Bau der Pagode um das marmorne Buddha-Bild folgen dem Muster buddhistisch-birmanischer Kultur, das seit dem ersten Großreich von Pagan eine zentrale Rolle bei der Begründung und Legitimierung staatlicher Herrschaft einnimmt. Der Herrscher ist danach der Beschützer der buddhistischen Reli-

⁴⁷ Siehe zu Berichten über die drei Elefanten: www.myanmar.com/gov/perspec/2002/5-2002/ano.htm und www.myanmar-embassy-islamabad.net/men/2003-02-14-NO-64.htm.

⁴⁸ Ein Überblick über die Berichte findet sich unter www.myanmar.com/religious/buddhist.html.

⁴⁹ Die entsprechende Seite ist mittlerweile nicht mehr abrufbar.

⁵⁰ Wie bei allen anderen religiösen Projekten auch, ist die Bevölkerung aufgerufen, sich mit Spenden an der Ausgestaltung neuer religiöser Bauwerke zu beteiligen. Diesem Aufruf wird gefolgt. Siehe etwa *The New Light of Myanmar* vom 22.10.2002. Dort wird von einer Spende von 2,5 Millionen Kyat von Seiten einer Familie für das Dach des Bauwerks berichtet.

gion. Er sorgt für den Bestand, aber auch für die Reinheit des Sangha, unter anderem durch den Bau und Unterhalt von Pagoden. Damit gibt er auch der Bevölkerung Gelegenheit, „Verdienst“ (*bun*) zu erwerben und so den Kreislauf der Wiedergeburten positiv zu beeinflussen. Das geschieht wie im aktuellen Fall durch die Möglichkeit von Spenden, aber auch dadurch, dass die breite Bevölkerung an dem Transport des Marmorblockes, aus dem die Buddha-Statue herausgehauen werden sollte, über die 700 km lange Strecke von Mandalay nach Yangon Anteil nehmen konnte. Es ist auch kaum ein Zufall, dass die Elefanten wie die neue Pagode in der Nähe von Quartieren platziert wurden, in denen viele Angehörige des Militärs wohnen.

An diese Traditionen ist in allen Perioden der Geschichte des unabhängigen Birma angeknüpft worden. U Nu, der erste Ministerpräsident des Landes, berief das 6. Buddhistische Weltkonzil nach Rangun ein und ließ in diesem Zusammenhang die Kaba-Aye-Pagode (Friedenspagode) bauen. Ne Win initiierte den Bau der großen Maha-Wizaya-Pagode direkt neben der ehrwürdigen Schwedagon-Pagode. Die Führer von SLORC stellten 1997 die „Pagode mit der Nachbildung des Heiligen Zahns“ (Swedawmyat-Pagode) fertig. Die originale Reliquie eines Zahns des Buddha war von China aus im Zuge der Verbesserungen der Beziehungen zwischen beiden Ländern vier Jahre lang für jeweils 90 Tage durch Myanmar gereist.

Mit diesen und vielen anderen religiösen Aktivitäten versuchen die Herrschenden, die Mitglieder des Sangha, die sich auch in der jüngeren Geschichte häufig in die Politik eingemischt haben, auf ihre Seite zu ziehen und gleichzeitig bei der Bevölkerung Kredit zu gewinnen. Das Militär dokumentiert dadurch gleichzeitig seinen Anspruch, die einzig legitime Regierung zu sein und die Tradition zu bewahren. Aung San Suu Kyi dagegen vertritt – wie auch ihr Vater Aung San – die Auffassung, dass der Buddhismus in erster Linie für den Einzelnen und nicht für den Staat von Bedeutung ist.⁵¹

VI. Zusammenfassung

Die obigen Überlegungen lassen den Schluss zu, dass die Freilassung Aung San Suu Kyis im Mai 2002 kein Wendepunkt war, mit dem eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen der Militärjunta und der Führerin der Opposition eingeleitet wurde. Die Freilassung ist allerdings auch nicht als pures taktisches Manöver der regierenden Junta zu sehen. Vielmehr kann sie als eine Maßnahme verstanden werden, mit der eine selbstsichere Regie-

⁵¹ Siehe dazu Gustaf Houtman, *Mental Culture in Burmese Crisis Politics*. Tokio, University of Foreign Studies, 1999.

rung zum Ausdruck brachte, dass sie das Wohl des ganzen Volkes, die Oppositionellen eingeschlossen, im Auge hat. Sie war auch Vorsorge gegen einen Sturz der Regierung. Dem Ausland gegenüber wurde die Souveränität des Landes betont. Es ergaben sich Folgen, die der Bevölkerung des Landes durchaus zu Gute kommen. Zu nennen sind hier vor allem die Fortschritte in der Einhaltung der Menschenrechte und der Verbesserung der humanitären Bedingungen sowie der Bekämpfung der Drogenproduktion.

Dagegen sind auf dem zentralen Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung keine Fortschritte zu sehen. Sie wären auch nur zu erwarten, wenn die Regierung ihre Praxis der direkten Eingriffe in wirtschaftliche Vorgänge aufgibt. Dies wird nicht der Fall sein, da damit im Selbstverständnis der Junta ein Verlust an Souveränität einherginge. Von der durch die Freilassung 2002 genährten Hoffnung eines *power sharing* in Myanmar ist daher erst einmal Abschied zu nehmen.

Eine Veränderung der Verhältnisse ist nur durch eine veränderte Haltung der politischen Führung und eine größere Kompetenz zu erwarten. Dazu müsste sie sich nach innen und außen öffnen, was ihren Anspruch auf Herrschaft gefährden würde. Die Opposition hat Anteil an dem Dilemma. Sie könnte etwa zu einem Ende des wirtschaftlichen und politischen Boykotts aufrufen, würde aber dadurch ihren Anspruch aufgeben, eine „Regierung im Wartestand“ zu sein. Eine weitere Stagnation wird ihr Ansehen in der Bevölkerung aber auch – weiter – untergraben und den traditionellen Hang zum politischen Fatalismus verstärken.

Die Rolle der Opposition und der sie unterstützenden Kräfte im Ausland wird es also bis auf weiteres bleiben, ein ständiger „Stachel im Fleisch“ der Junta zu sein und ihr politisch indirekt und durch Sach- und vielleicht auch Expertenhilfe direkt zu helfen, die Lebensumstände im Lande erträglicher zu gestalten. Schnelle Veränderungen sind somit nicht wahrscheinlich. Die Ereignisse vom 30. Mai haben dafür symbolische Bedeutung. Auf einen langsamen „Wandel durch Annäherung“ kann man nur hoffen, wenn alle Seiten ihre bisherigen Positionen grundsätzlich überdenken. Die bisherigen Reaktionen auf die erneute Inhaftierung der Oppositionsführerin lassen nicht erkennen, dass dies Ereignis als „heilsamer Schock“ gewirkt hätte.

Allerdings: Überraschungen müssen in der birmanischen Politik immer einkalkuliert werden.